

Elangvereins
 das Städte selbst
 die Meleins sind
 an Groß- und
 Kleinstadt
 in unserer Stadt
 in allen Städten
 verhüllt. Heute
 unserem Orte die
 Ausstattung nach
 nennen werden.
 beiden Summen
 in Bezug auf
 Großstädten
 ist Zürcherhaltung
 den aufzuhenden
 das Bellinzon
 und diese abzu
 Wir hoffen auch
 und wir im Herbst
 en. Also auf
 erbeschaffungen.
 i 1923.
 400 Mark.
 200—250 Mark.
 250 Mark.
 120 Mark.
 3000 Mark.
 360—380 Mark.
 2500 Mark.
 350—400 Mark.
 2800 Mark.
 160—170 Mark.
 0—18000 Mark.

Mitteilungen für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtsheim, Ammeisheim, Bisch, Vorsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinerberg, Klinga, Möhra, Lindhardt, Pöthen, Staudnitz, Threna usw.)

Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtgemeinderates zu Naunhof; es enthält die Bekanntmachungen des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma.

Erscheinet wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatl. Mk. 1750.— ohne Illustration, Vor- einschl. der Postgeb. monatl. freihl. Mk. 2000.— Im Falle höherer Kosten, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die Säule 150.— Mit. auswärts 200.— Mit. Uml. Zeitl. Mk. 300.— Reichsmarkt Mk. 500.— Beilage nach Vereinbarung. Schwere. Satz 50%, Aufschlag. Annahme der Anzeig. bis 10 Uhr vormitt. des Ercheinungstages, gebrückt noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Anzeigen oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Beruf: Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Gäng & Sohn, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 61

Freitag den 25. Mai 1923

34. Jahrgang

Amtliches.

Auf Grund des Gesetzes zur Erhaltung leistungsfähiger Krankenhäuser vom 27. März 1923 in Verbindung mit den Bestimmungen des Reichsarbeitsministers über den Grundlohn in der Krankenversicherung vom 12. April 1923 haben die Rassensorgeln der unterschiedenen Rasse beschlossen, den Grundlohn ab 28. Mai 1923 auf 13.600 Mark festzulegen und demzufolge die bisherige Lohnsteuer- und Grundlohnsteuerung, sowie die damit im Zusammenhang stehenden Beträgen und Varietäten durch anderseitige Einstellung zu erheben. — Die hierüber hergestellten Tabellen können gegen Erstattung des Selbstkostenpreises oder beim Rassendienst entnommen werden, soweit diese Tabellen den Arbeitgeber nicht direkt angeben.

Zum Zwecke der Einflussnahme der Mitglieder in die neuen Lohnablagen werden die Arbeitgeber hierdurch ermahnt, die von ihren Bündnispartnern beabsichtigten am 28. Mai 1923 bezogenen Löhne und Gehälter spätestens bis zum 30. Mai 1923 bei der Rassendienst einzurichten.

Erklärt ein Arbeitgeber eine Aufsicht der Rassendienstes die Meldung nicht fristig, so steht ihm seine Befreiung der Rassendienst bis zur ordnungsmäßigen Meldung des Grundlohns in der Höhe fest, der für Verfehlte der gleichen Art in Betrieben gleicher Art gilt, und erhebt ohne Pflicht zur Rückerstattung die entsprechenden Beiträge.

Zum Zwecke der Einflussnahme der Mitglieder in die neuen Lohnablagen werden die Arbeitgeber hierdurch ermahnt, die von ihren Bündnispartnern beabsichtigten am 28. Mai 1923 bezogenen Löhne und Gehälter spätestens bis zum 30. Mai 1923 bei der Rassendienst einzurichten.

Grimma, den 23. Mai 1923.
Der Vorstand der Allgemeinen Rassendiensteskasse Grimma-Land.
Gremel, Vorstand.

Verdoppelung des Brotpreises!

Vielfacher Abgabepreis für Getreide.

Das Reichskabinett hat beschlossen, den Abgabepreis der Reichsgesetzestabelle ab 4. Juni von 200.000 auf 800.000 zu erhöhen. Da die beschlossene Erhöhung nur einen Teil des Brotgetreides — etwa drei Fünftel — betrifft, wird sie nicht etwa in einer Verdoppelung des Brotpreises, sondern je nach den örtlichen Verhältnissen durchschnittlich nur in einer reichlichen Verdoppelung des Brotpreises führen.

Aleine Zeitung für eilige Leser.

* Der neue deutsche Schritt in der Reparationsfrage wird sozusätzlich erst in der nächsten Woche erfolgen.

* In Trier haben die Besatzungsbüros das Elektrizitätswerk, welches den Saarzonen ausgeliefert war, den örtlichen Behörden wieder zurückgegeben, woraufhin die Arbeitschaft den Proteststreik einstellte.

* Die Internationalen Rheinlandskommission hat seit dem 18. 1. insgesamt 6222 Personen aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen.

* Die kommunistischen Unruhen in Dortmund nahmen einen bedrohlichen Charakter an und dehnten sich auch auf Siedlungen aus.

* Zum neuen englischen Ministerpräsidenten wurde der bisherige Schatzkanzler Baldwin ernannt.

Sturzflut?

Was soll werden? Überall hört man diese Frage, da der Dollar, der nun einmal bei uns in Deutschland der Währungsmaßstab geworden ist, oft genug freilich auch willkürlich dazu gemacht wird, immer weiter und weiter in die Höhe steigt; man kann nicht einmal sagen, ob nicht morgen, nicht übermorgen schon der Berg, den er heute erreichen hat, ein Hügel geworden ist gegenüber der Höhe, die er wohl in den nächsten Tagen erreichen wird. Und ob nicht die Tendenz es will, anschwillt zu einer Sturzflut, die sich über das deutsche Land mit verheerender Wucht ergiebt, zahlosen Existenz vernichtend, oder noch tiefer in das Elend hinabwegend. Die polnische Währung kann jetzt herabsehen auf unsere Mark und vielleicht ist der Augenblick nicht mehr fern, da sogar die österreichische Krone des deutschen Mark weit voran eilt. Und was das schlimmste daran ist — man ist hoffnungslös, hoffnunglos, wie einst es der Österreicher war, als die Krone ins Bodenlos sank.

Steigerung des Brotpreises bis zu einer Verdoppelung, vielleicht bis zu einer Verdreifachung, Verdreifachung der Fahrpreise im Personenverkehr, sicherlich auch eine Verdoppelung der Postsäcke der Reichspost, und wie die Verdoppelungen und Verdreifachungen und Vervielfachungen heißen mögen, das allein ist, was den Sinn aller beschäftigt. Und die Zeitschrift, mit der alles dieser Entwicklung entgegengesetzt, verstärkt den Antrieb für Elemente, die einer Katastrophe den Weg bereiten. In Dortmund, vielleicht in den nächsten Tagen auch in ganz Rheinland-Westfalen, flammen die Streiks und Aufrührerbewegungen auf, die von der Teuerung nur die Gründe hernehmen. Wohlwollend seien sich die Franzosen es an, wie man ihnen in die Hände arbeitet. Man hat diese Förderer Frankreichs schon damals auf die kriegerische gestellt, als Putzschwund in Mühlheim und Esslingen losbrach. Verrät, der journalistische Freund Polmarck, schrie über dieses erste Auftauchen im Ruhrgebiet, daß man vom französischen Standpunkt aus es sehr begrüßen könnte, wenn eine bösartige Woge über Deutschland er-

gäbe würde. Denn daß würde die Auflösung des Deutschen Reichs bedeuten und damit wäre das eigentliche Ziel der französischen Politik erreicht. Bayern würde sich trennen von dem böhmischi-sächsischen Norden und Rheinland-Westfalen würde schon durch die französischen Bajonetten gegen diesen Böhmischi-sächsischen geschützt werden.

Gegenüber dieser geradezu elementaren Entwicklung, die das deutsche Wirtschaftsleben infolge des Kriegseinbruchs noch in viel schnellerem Maße genommen hat, wirkt es fast tragisch, wenn nun darüber hin und her beraten wird, wie die "Garantien" ausgestaltet werden sollen, die man von uns für die Leistung der Reparationen verlangt. Man will die deutsche Wirtschaft verschärfen, in irgend einer Form diese Garantien zu übernehmen. Vor einigen Tagen wurde von links die Parole der Besteuerung des Sachsen erklungen, von anderer Seite wird der Vorschlag Dr. Hackenbürgers wieder aufgegriffen, der Goldhypotheken aus alle wirtschaftlichen Unternehmungen vorzuhaben; auch andere Pläne dringen in die Öffentlichkeit, die eine restlose Erfüllung aller französischen Wünsche bedeutend: 25 prozentige hypothekare Belastung aller deutschen Grundstücke und Unternehmungen auf Grund der Goldhöhe und Gründung einer Reparationsbank, die auf Grund dieser Goldhypotheken — für die Zinszahlung und Amortisation natürlich auch in Goldwährung zu erfolgen hat — Reparationsbons in Höhe von etwa 30 Milliarden Mark den Alliierten übermitteln soll. Soviel ist die Zukunft der deutschen Wirtschaft schon vorgeschritten, daß man vorgeschlagen hat, einen deutsch-französischen Börsenverein nach dem Muster jenes preußischen aus den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts zu gründen, als die wirtschaftlich schwachen deutschen Staaten von Preußen zum Anschluß an sein kräftiges Wirtschaftsgebiet veranlaßt wurden. Nur soll jetzt die Rolle Preußen — Frankreich spielen. Denkt, daß deutsche Wirtschaftsgebiet sei so ohnmächtig, wie es vor 100 Jahren die deutschen Staaten und Städte waren.

Eigenlich hat die französisch-belgische Antwort auf unsere Note jedem, der sie gelesen, schon die notwendigen Fingerzeuge gegeben, ob man jenseits des Rheins ein deutsch-französisches wirtschaftliches Zusammenschlungen lieber sieht und Garantien für die Erfüllung der Reparationen entgegennehmen will, oder sich mit einer Zerstörung Deutschlands und allen den daraus entstehenden Folgen abfinden will. Wir wollen uns nicht selbst täuschen. Wenn bei der Behandlung der Reparationsfrage oder vielmehr des deutsch-französischen Verhältnisses von uns die wirtschaftlichen Momente immer in den Vordergrund gestellt werden, so trifft das nicht den Kern der Sache. In der französischen Kammer hat bezeichnenderweise ein radikalster Abgeordneter erklärt, daß die schärfsten Mittel gegen Deutschland angewendet werden müßten, falls es kein Einigegomen gebe. In diesem Falle müßten die Gruben im Ruhrgebiet mit Hilfe der deutschen Kommunisten ausgebeutet werden. Das bedeutet nichts anderes als unsere Niederlage in dem rein machtpolitischen Kampf zwischen Frankreich und Deutschland, die endgültige Niederlage, aus dem es für das deutsche Volk kein Wiedererstehen mehr gibt.

Dr. Pr.

Ministerpräsident Baldwin.

Der neue Leiter der englischen Politik.

Der Regierungswechsel in England, der durch den Rücktritt Bonar Law's notwendig wurde, ist sehr rasch durchgeführt worden. Der König hat den bisherigen Schatzkanzler Baldwin zum Ministerpräsidenten ernannt, und dieser hat das Amt angenommen. Wahrscheinlich wird Lord Curzon zum Außenminister bleibend, während Sir Robert Horne, der bereits unter Lloyd George Schatzkanzler war, dieses Amt jetzt wieder übernimmt. Baldwin hat vor Lord Curzon vor allem den Vortrag erhalten wegen seines jüngeren Lebensalters (er ist 1867 geboren), seiner politischen Unverbrauchtheit und besonders wegen seiner Zugehörigkeit zum Unterhaus, vielleicht auch durch seine größere Beliebtheit in Paris. Baldwin ist aus dem Großbaudienststande hervorgegangen. Dem Unterhaus gehört er seit 15 Jahren an. Mitglied der Regierung wurde er zum erstenmal im Jahre 1917, als er unter Lloyd George Regierung Finanzsekretär des Schatzamts wurde. Vier Jahre später wurde er zum Präsidenten des Handelsministeriums ernannt, um beim Sturz des Kabinetts Lloyd George den Posten des Schatzkanzlers zu übernehmen. Die Zusammensetzung Baldwin-Lord Curzon-Sir Robert Horne ist nach allgemeiner Auffassung der Londoner politischen Kreise als Gewähr dafür anzusehen, daß die Wiederherstellung des europäischen Friedens und der Wiederaufbau des Kontinents unter Beachtung der fundamentalen Wirtschaftsgrundläufe unter einem weitgehenden politischen und parteipolitischen Einverständnis mit den Vereinigten Staaten weitgehend gefördert werden würde.

In Berlin hält man sich bei der Beurteilung des neuen Mannes noch zurück. Man weiß darauf hin, daß er streng konservativ, ein energischer Vertreter der Entente und großer Freund der Franzosen ist, zugleich aber besonders die wirtschaftliche Linie in der Politik bevorzugt, in Amerika sehr beliebt ist und insofern für die Lösung der Reparationsfrage gewisse Voraussetzungen zu erfüllen scheint. Ein schweres Urteil wird sich erst gewinnen lassen, wenn er am Man-

tag seine Programmrede im Unterhaus gehalten hat. In Paris ist man allgemein über diese Ernennung erfreut, und auch Präsident Harding begrüßte die Nachricht mit dem Wort: Ausgezeichnet.

Lloyd Georges Kampfansage.

Lloyd George hält in seinem Waller Wahlkreise eine Flairung an die Regierung beigebracht. Lloyd George richtete einen Appell an die Liberalen, sich zu vereinigen und die Gelegenheit zu ergreifen, um das Land und die Welt vor einer Katastrophe zu retten. Er erklärte, seiner Regierung sei es gelungen, so zahlreiche Fehler in einem so kurzen Zeitraum aufzuweisen. Frankreich, "wund und triumphierend", mächtiger, als es je auf dem Kontinent gewesen sei, wegen des Sturzes seiner Feinde, stellte eine sehr gefährliche Kombination dar für jeden, der mit ihr zu tun habe. Deutschland sei verwirrt und beläuft durch seinen Fall von so großer Höhe, eine Kreatur mit gebrochenem Rückgrat, die sich schwach und ziellos bewegt, ohne zu wissen, was zu tun sei. Das letzte Jahr sei ein Jahr des Friedens und des wachsenden Wohlstands gewesen. In der internationalen Lage habe ein erster Wechsel zum Schlimmsten stattgefunden und die Regierung könne nicht von einem beträchtlichen Anteil an der Verantwortlichkeit für diesen unglücklichen Wechsel freigesprochen werden. Die schwache Behandlung der Ruhrfrage habe Europa von neuem in Unordnung, Arien und Konflikte gestürzt.

Der Streit um unsere Leistungen.

Die amerikanischen Forderungen.

In amtlichen Kreisen in Washington wird erklärt, die Gesamtsumme der bei der gemischten Kommission angeduldeten amerikanischen Forderungen an Deutschland von 1479 Millionen Dollar gebe kein zuverlässiges Bild der Endsumme. Deutschland werde erst auf Grund der endgültigen Entscheidung zum Zahlen aufgefordert werden. Befriedigend war die erste Zusammenstellung dieser Forderungen ungeheuer hoch. Sogar der bisherige unparteiische Vorsteher der gemischten deutsch-amerikanischen Kommission zur Prüfung der deutschen und amerikanischen Forderungen, Richter Day, hat sein Amt niedergelegt mit der Erklärung, die vom amerikanischen Staate angemeldeten Forderungen seien zu ungerechtlich, als daß er sie vertreten könnte.

Eine Statistik der Reparationskommission.

Die Reparationskommission veröffentlicht ihre halbjährige Statistik über den Stand der deutschen Reparationsleistungen. Sie bejaht die deutschen Leistungen bis zum 31. Dezember 1922 mit rund 8 Milliarden Goldmark, die sich wie folgt verteilen: Vorauszahlungen 1.878.513.000 Mark, Sachlieferungen 3.425.066.000 Mark, abgetrennter Staatsbesitz 2.553.910.000 Mark, Tresorleistungen 13.000.000 Mark.

Schwere Unruhen in Dortmund.

Kommunistische Agitation.

Die durch planmäßige kommunistische Agitation begünstigten Streikunruhen in Dortmund haben einen sehr ernsthaften Charakter angenommen. Mehrere kommunistische Hundertschaften versuchten im Norden der Stadt einige Polizeiwachen zu stürmen, wurden aber

nach heftigem Feuergefecht

zurückgetrieben. Auf beiden Seiten gab es Toten und Verwundete. In vielen Teilen der Stadt kam es zu Demonstrationen und blutigen Zusammenstößen. Der Streik hat sich auch auf die Hüttenwerke ausgedehnt. Auch in Gelsenkirchen entstanden Unruhen. Eine kommunistische Kommission drang in Lebensmittelgeschäfte ein und zwang die Inhaber, die Waren nach bestimmten Preisen zu verkaufen. In der Hauptstadt richtete sich die Aktion gegen die Fleischwaren- und Fleischgeschäfte. Bald erschienen fünf Feuerwehren, um die Ordnung wieder herzustellen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Beratungen über die deutsche Note.

Durch den Kabinettswchsel in England ist auch der Gang der Beratungen in Berlin über den neuen Schritt in der Reparationsfrage beeinflußt worden, insofern, als man vor einer Klärung der Lage in London keine Note dorthin abholen kann. Das Kabinett Cuno hat noch keine Abschlüsse getroffen und setzt vorsichtig die Beratungen über mehrere Entwürfe fort. Auch eine Versprechnung mit den Parteiführern und der Industrie ist noch nicht in Aussicht genommen. Möglicherweise wird der deutsche Schritt gar nicht die Form einer Note annehmen, sondern in anderer Weise getan werden, jedenfalls aber dürfte er sich bis in die nächste Woche verzögern.

Brotversorgung im neuen Wirtschaftsjahr.

Am 15. August soll die Getreidezwangswirtschaft aufgehoben werden. Die Reichsregierung behält nur das Recht, 1½ Millionen Tonnen als Rottreserve durch Umlage festzulegen. Brotmarken sollen auch im neuen Wirtschaftsjahr vorläufig beibehalten, allmählich aber abgebaut werden, und zwar so, daß bestimmte Steuerklassen vom Marken-

